BARTOL KOMPAKT

Nie wieder ist jetzt!

Wahl zum Landesvorsitzenden der hessischen SPD

Bürgermeister in Berlin

Veranstaltung "Fortschritt für junge Menschen"



Inhaltsverzeichnis

März 2024

- 03 Vorwort
- Wahl zum Landesvorsitzenden der hessischen SPD
- Nie wieder ist jetzt! 05
- Bürgermeister in Berlin
- Neues aus dem Bundesbauministerium 07
- Cannabis-Legalisierung
- Zur Situation der Landwirte
- Besuch des DRK-Krankenhauses Biedenkopf 11
- Besuch im Hessischen Staatsarchiv Marburg
- Rita Vaupel erhält Bundesverdienstkreuz 13
- Besuch in Neuwied
- Büroaußenstellen im Wahlkreis 15
- Besuch an der Philipps-Universität 16
- Was macht ihr in Berlin für mich?
- Besuch des Tierheims in Cappel 18
- Bahnübergang Schweinsberg



Nie wieder ist JETZT!



Konferenz im Deutschen Bundestag

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Enthüllungen zum Geheimtreffen von AfD-Mitgliedern und rechtsextremer Kräfte im Januar in Potsdam haben die Umsturzpläne und menschenverachtende Deportationsfantasien offengelegt. Hier soll nicht mehr und nicht weniger als unsere Demokratie abgeschafft werden.

Dagegen müssen wir jetzt Flagge zeigen, auf den Straßen und bei den Demonstrationen, wie wir sie in den letzten Monaten in immer mehr Städten und Gemeinden im ganzen Land erleben. Demokratinnen und Demokraten sind aufgewacht, in Stadt und Land, Ost und West, aus allen gesellschaftlichen Milieus, Jung, alt, überall stehen die Menschen auf, viele von ihnen waren zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer Demo. Um für unsere Demokratie, unsere freie Gesellschaft, für Menschlichkeit einzutreten und ein klares Signal gegen

rechts zu setzen. Das gibt mir Hoffnung. Wir sind viele! Wir sind mehr!

Hinter uns liegt die Hessenwahl, vor uns liegen mit der Europawahl und den Landtagswahlen im Osten richtungsweisende Wahlen, bei denen viel auf dem Spiel steht: es geht um die Zukunft Europas, um unsere Demokratie und um unsere Freiheit.

Wie vielerorts in Europa haben Populisten Hochkonjunktur, es droht ein Rechtsruck in den Parlamenten, mit Björn Höcke in Thüringen ein Faschist als Ministerpräsident, mit einer drohenden Mehrheit der AfD in Sachsen, einer Partei, die selbst Le Pen zu rechtsextrem ist, und die trotzdem stark in den Umfragen für die Europawahl sind – das müssen und können wir alle verhindern:

Mit einem Bekenntnis zu unserer Demokratie, mit einem klaren Nein zu Hass und Hetze. Mit Anstand und Respekt füreinander die Angriffe auf Mandatsträger insbesondere Kommunalpolitiker sind eine Schande, die wir nicht dulden dürfen. Hier in Hessen heißt es für die SPD jetzt: richtig gut regieren. Mit der neuen Landesregierung, und dem neuen Vorstand, Generalsekretärin Dr. Josefine Koebe und mir. An dieser Stelle nochmals Dank an alle, die mir beim Landesparteitag ihre Stimme gegeben haben und an meine Vorgängerin Nancy Faeser. Mehr zu meiner Wahl zum Vorsitzenden der Hessen SPD, Neuigkeiten aus Berlin und Marburg-Biedenkopf finden Sie in dieser Ausgabe.

Es gibt viel zu tun, legen wir los!

Ihnen allen wünsche ich ein schönes Osterfest.

Ihr

Sören Batol





m 9. März bin ich auf dem Landesparteitag an die Spitze der hessischen SPD und zum Nachfolger von Nancy Faeser gewählt worden. Es ist mir eine Ehre und ich bin voller Tatendrang, zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen in Fraktion, Regierung und den Ortsvereinen die Sozialdemokratie in Hessen wieder stark zu machen. Dazu gehören Freude und Leidenschaft, Lust auf Politik zu machen, um wieder mehr junge Leute zu gewinnen, die sich für die Demokratie und in der SPD engagieren wollen. Gerade jetzt, wo wir eine starke Zunahme gesellschaftlicher Fliehkräfte an den Rändern erleben, braucht es eine politische Kraft, die in die Mitte integriert. Es geht dabei nicht nur darum, die aktuellen Herausforderungen der Transformation abzufedern, wir müssen diejenigen absichern, die vom Strukturwandel direkt betroffen sind. Veränderungen sind für viele ein Problem. Es ist eine Aufgabe der SPD. sich um diese Menschen zu kümmern. Ihre Ängste zu entkräften. Ihnen den Glauben und das Rüstzeug zu geben, das sie brauchen, um in einer sich verändernden Welt zu bestehen. Mein Hessen ist weltoffen, modern, sozial. Wir wollen ein Hessen, in dem jede und jeder seinen Platz findet, in dem

jeder das werden kann, was er oder sie möchte - Chancengleichheit, nennt man das! Eine innovative Wirtschaft, faire Löhne, bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung sind dafür die Voraussetzung. Diejenigen, die ihren Weg noch finden müssen, werden wir dazu befähigen. Stichwort: Aufstieg durch Bildung! Für manche ist dieser Satz zu einer hohlen Phrase geworden, unerreichbar für zu viele. Dieses ursozialdemokratische Versprechen gilt es mit neuem Leben zu füllen: Hier müssen wir als Teil der Landesregierung Vollgas geben. Wir werden in zukunftsweisende Branchen investieren: Digitalisierung, Klimaschutz, Mobilität, Pharma, das sind Zukunftsthemen die Innovationen anstossen, und Voraussetzung für gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind. Und wir brauchen Investitionen in eine gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle, gerade auch im ländlichen Raum. Hessen ist berühmt für seine Mischung aus Heimat und Weltoffenheit, Tradition und Moderne. Dieses Klima von Zusammenhalt und Akzeptanz wollen wir ausbauen: Indem wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, damit Hessen auch in Zukunft Heimat für Familien, Studierende. Rentnerinnen und Rentner und Menschen aus allen Einkommens-

schichten bleibt. Indem wir einen besonderen Fokus unserer Stadtentwicklungspolitik auf den öffentlichen Raum legen - den wir mit dem nötigen Rüstzeug für den Klimawandel ausstatten. Dazu gehört, dass der öffentliche Raum angstfrei für alle nutzbar sein muss - unabhängig vom Geldbeutel und unabhängig vom Stadtteil. Deshalb wollen wir Polizei und Justiz stärken und Präventionsprogramme ausbauen. Wir setzen uns für Transparenz, Bürgerbeteiligung und den Schutz demokratischer Institutionen ein. Wir sind die Partei vor Ort, die aus den Kommunen heraus neue Stärke entwickelt. Wir waren immer schon die Partei an der Seite und auf Augenhöhe der Kommunen: Dort, in der Herzkammer der Demokratie, wo das Leben spielt, wollen wir sichtbar sein mit pragmatischer, bürgernaher Politik, die die Menschen mit uns, der SPD, verbindet. Zuhören, sehen, gemeinsam Lösungsansätze entwickeln, umsetzen. Dabei offen sein, Möglichkeit zum mitmachen anbieten, moderner und digitaler werden. Für diesen Politikstil stehen der neue Vorstand und ich. Ich freue mich auf die Aufgaben, die vor uns liegen.

"Sei ein Mensch!"

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Januar erinnert der Bundestag an die Millionen Menschen, die die Nationalsozialisten ermordet haben. Anlass ist die Befreiung der Auschwitz-Überlebenden 1945 durch die Rote Armee. In diesem Jahr stand die Gedenkstunde im Zeichen der generationenübergreifenden Aufarbeitung des Holocaust. Es wurde einer dieser Stunden im Plenarsaal, die man nicht so schnell vergisst.

"Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft",

mahnte die 91-Jährige Holocaust-Überlebende Eva Szepesi in einem eindringlichen Plädoyer gegen das Vergessen und für mehr Menschlichkeit und Empathie. Sie gehört zu den wenigen Kindern, die die Konzentrationslager überlebt haben. Über ihre eigene Geschichte konnte sie lange nicht sprechen. Erst ein halbes Jahrhundert nach ihrer Befreiung brach sie ihr Schweigen und engagiert sich seitdem gegen Hass und Antisemitismus. "Für die zu sprechen, die nicht mehr sprechen können", sagte sie im Bundestag, sei ihre Lebensaufgabe geworden. Sie sei hier, um Zeugnis

abzulegen. Nie sei das wichtiger gewesen, sagte sie angesichts der jüngsten Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland. "Nie wieder ist jetzt!".

"Ich sage immer zu den Menschen, mit denen ich spreche: Ihr habt keine Schuld für das, was passiert ist. Aber ihr habt die Verantwortung für das, was jetzt passiert."

Die Erinnerung wachhalten

Weil immer weniger Zeitzeugen selbst über ihre Erlebnisse berichten können, komme es auf die nachfolgenden Generationen an, die Erinnerung an die deutschen Verbrechen wachzuhalten und Hass und Menschenverachtung entschlossen entgegenzutreten, sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas. Und so waren auch während der Gedenkfeier im Bundestag mehrere Generationen vereint. Nach Eva Szepesi hielt der 1949 in Polen geborene Sportjournalist Marcel Reif, Sohn eines Holocaust-Überlebenden, eine sehr persönliche und bewegende Rede: Menschen wie Eva Szepesi hätten Deutschland eine zweite Chance gegeben, sagte Marcel Reif. Eine Chance, "es anders, besser, richtig zu machen". Diese Chance dürfe niemals vertan werden. Das ,Nie

wieder!' müsse "gelebte, unverrückbare Wirklichkeit" sein. Reif gehört zur Nachfolge-Generation. Sein jüdischer Vater überlebte den Holocaust, weil er in letzter Sekunde aus einem Deportationszug gerettet wurde. Die meisten Familienmitglieder wurden ermordet. Über die traumatischen Erlebnisse dieser Zeit habe er nie mit ihm gesprochen, berichtete Reif im Bundestag. Erst nach dem Tod des Vaters habe er von seiner Mutter die ganze Geschichte erfahren. Für das Schweigen sei er seinem Vater heute dankbar, sagt Reif, weil er ihm damit ein unbeschwertes Aufwachsen in Deutschland ermöglicht habe. Im Land der Täter, wohin die Familie in den 1950er Jahren aus Polen über Israel migrierte, "sollten wir, durften wir nicht in jedem Postboten, Bäcker, Straßenbahnfahrer einen möglichen Mörder unserer Großeltern vermuten." Viel später habe er erkannt, dass ihm sein Vater sehr wohl etwas mitgeteilt hatte, eine Art Vermächtnis: "Drei Worte nur in dem warmen liddisch, das ich so vermisse: Sei a Mensch, sei ein Mensch!"

"Nie wieder", so die Bundestagspräsidentin, "war, ist und bleibt eine Aufgabe für unsere gesamte Gesellschaft."



m 29. Februar hatte ich ganz besonderen Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin. Zehn heimische Bürgermeister und Bürgermeisterin Claudia Schnabel waren meiner Einladung zu einer Klausurtagung im Bundestag gefolgt. Bereits im letzten Jahr hatten wir Themen abgestimmt, über welche wir zusammen mit Fachleuten diskutieren wollten. Ein regelmäßiger Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Familie ist mir wichtig. Es freut mich sehr, dass dieser Austausch in großer Runde

und in Berlin stattfinden konnte. Wir begannen den Tag mit einer Führung durch den Bundestag bzw. das Reichstagsgebäude. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises hatten im vergangenen Jahr eine Stellungnahme zu den Herausforderungen der Migration abgegeben, die auch die Städte und Gemeinden in Marburg-Biedenkopf betreffen. Auf meine Einladung war der Kollege und Parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundesinnenministerium Mahmut Özdemir gekommen und erläuterte konkretes Regierungshan-

deln, mit dem wir zukünftig mehr Ordnung in das Migrationsgeschehen bringen wollen. Im Anschluss referierte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Bernhard Daldrup zu kommunalen Finanzen und Förderprogrammen des Bundes zur Unterstützung von Kommunen. Es wurde lebhaft diskutiert, die kommunale Seite schilderte ihre Erfahrungen mit den Förderprogrammen und die Schwierigkeiten für kleine Kommunen an umfangreichen Ausschreibungen teilzunehmen.



ach einer Mittagspause tauschten wir uns mit meiner Kollegin Susanne Mittag zum Thema Landwirtschaft und Entlastung von Landwirtinnen und Landwirten hinsichtlich Bürokratie aus. Auch die Themen kommunale Wärmeplanung, Wärmenetze und deren Fördermöglichkeiten standen auf der Agenda. Referenten aus dem Bundesbauministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium erläuterten den aktuellen Stand. Der Konflikt zwischen Israel und der Hamas und die Folgen, die wir alle

seit dem 7. Oktober in den Nachrichten verfolgen, lässt die Menschen in Marburg-Biedenkopf nicht kalt. Dieser Konflikt ist Thema in den Schulen, in der Universität und auch in den Gemeinden. Zum Abschluss der Klausurtagung war der israelische Botschafter Ron Prosor zu unserer Tagung gekommen. Mit ihm diskutierten wir solidarisch, aber auch kritisch die aktuelle Lage in Gaza. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass die Waffen bald schweigen werden und das Leid und das Töten ein Ende hat.

Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für den konstruktiven Austausch und bin sicher, dass wir eine solche Veranstaltung zu gegebener Zeit wiederholen werden. Bei Bürgermeister Jens Ried aus Cölbe und meinem Büro sage ich Danke für die gute Vorbereitung und Organisation.



ach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mussten sie gestoppt werden, jetzt sind sie wieder da: die BMWSB-Förderprogramme Klimafreundlicher Neubau (KFN), Altersgerecht Umbauen und Genossenschaftliches Wohnen. Anträge können über die Website der KfW gestellt werden.

Das sind gute Nachrichten für alle, die planen ein Eigenheim zu bauen oder umzubauen und gleichermaßen für die Konjunkturentwicklung in unserem Land. Jeder Förder-Euro führt zu gut gefüllten Auftragsbüchern im Handwerk und kurbelt die Binnennachfrage an - genau die Impulse, die wir jetzt brauchen.

Beim Klimafreundlichen Neubau erhält der Endkunde bis zu 150.000 Euro zu einem attraktiven tagesaktuellen Zinssatz, der unter den derzeit marktüblichen Zinsen für Baufinanzierungen liegt. So wird Bauen wieder für mehr Menschen finanzierbar. Mit dem Förderprogramm Klimafreundlicher Neubau (KFN) konnte im vergangenen Jahr der Neubau von über 47.000 klimafreundlichen Wohnungen gefördert und insgesamt Investitionen von rund 17,4 Milliarden Euro angestoßen werden.

Auch das Programm für Genossenschaftliches Wohnen, das sich großer Nachfrage erfreut, geht weiter: 2022 mit sechs Millionen Euro gestartet, 2023 dann mit neun Millionen Euro und jetzt mit 15 Millionen Euro ausgestattet. Mit diesem Programm unterstützen wir Menschen, die eine eigene Genossenschaft gründen, um anschließend zu bauen, oder Genossenschaftsanteile erwerben möchten, mit zinsgünstigen Krediten und einem

Tilgungszuschuss. Aktuell gibt es den Förderkredit mit einem günstigen Zinssatz beginnend ab 1,00 Prozent je nach Laufzeit. Das Programm Altersgerecht Umbauen fördert den barrierefreien Umbau von Wohnungen. Die meisten von uns wollen im Alter möglichst lange in ihrem gewohnten Zuhause wohnen bleiben, oft ist dafür altersgerechter Umbau erforderlich. Im vergangenen Jahr wurden mit staatlicher Förderung rund 31.000 Wohnungen oder Einfamilienhäuser umgebaut. In diesem Jahr stehen 150 Millionen Euro bereit, eine Verdoppelung der Summe aus dem letzten Jahr. Einzelne Maßnahmen werden mit zehn Prozent der förderfähigen Kosten bezuschusst, maximal mit 2.500 Euro. Wer sein Haus zum Standard "Altersgerechtes Haus" umbaut, bekommt 12,5 Prozent der förderfähigen Kosten erstattet, maximal 6.250 Euro.

Klimafreundlicher Neubau (KFN)

- Für KFN stehen 2024 insgesamt 762 Millionen Euro in Form von zinsverbilligten Krediten zur Verfügung. Es sind Kreditsummen bis zu 100.000 Euro (klimafreundliches Wohngebäude) bzw. bis zu 150.000 Euro (klimafreundliches Wohngebäude mit QNG) möglich.
- Gefördert wird der Neubau sowie der Ersterwerb neu errichteter klimafreundlicher und energieeffizienter Wohn- und Nichtwohngebäude, die spezifische Grenzwerte für die Treibhausgas-Emissionen im Lebenszyklus unterschreiten und den energetischen Standard eines Effizienzhauses 40 / Effizienzgebäudes 40 für Neubauten vorweisen.
- Eine größere Unterstützung gibt es für Gebäude, die zusätzlich das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude (QNG) erreichen.
- Auch Kommunen und Landkreise erhalten Investitionszuschüsse, z.B. für den Bau von Wohnungen, Kindertagesstätten oder Schulen.

Genossenschaftliches Wohnen

- Für das Programm Genossenschaftliches Wohnen stehen 2024 insgesamt 15 Millionen Euro (2023: 9 Millionen Euro) zur Verfügung, die mittels zinsverbilligter Kredite verausgabt werden. Zusätzlich wird ein großer Teil der Darlehensschuld erlassen (7,5 % Tilgungszuschuss). Der Höchstsatz liegt je Kreditförderung bei 100.000 Euro.
- Die Förderung erfolgt sowohl bei Neugründung als auch bei der Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsgenossenschaft.
- Voraussetzung für die Förderung ist, dass die erworbenen Genossenschaftsanteile für die Selbstnutzung der Genossenschaftswohnung verwendet werden. Antragsberechtigt sind Privatpersonen.

Altersgerecht Umbauen (AU)

- Für das Programm Altersgerecht Umbauen stehen 2024 insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung (2023: 75 Millionen Euro).
- Mit Investitionszuschüssen werden bauliche Maßnahmen in Wohngebäuden, mit denen Barrieren im Wohnungsbestand reduziert werden, gefördert.
- Zu den typischen Modernisierungsmaßnahmen zählen der Einbau einer bodengleichen Dusche, das Entfernen von Türschwellen oder der Einbau von Aufzügen.
- Für einzelne Maßnahmen vergibt die KfW Zuschüsse in Höhe von 10 % der förderfähigen Kosten (max. 2.500 Euro). Wer sein Haus zum Standard "Altersgerechtes Haus" umbaut, bekommt 12,5 % der förderfähigen Kosten (max. 6.250 Euro) von der KfW erstattet.



m 23. Februar hat der Bundestag ein Gesetz zur Neuregelung der Cannabiskonsums beschlossen: Vom I.

April an ist der Konsum von Cannabis für Erwachsene in Deutschland legal.

Regeln gibt es trotzdem. Für Kinder und Jugendliche bleibt Cannabis ohne Ausnahme verboten. Wer volljährig ist, darf bis zu 50 Gramm Cannabis für den privaten Konsum besitzen

und in seinem Zuhause aufbewahren. Im öffentlichen Raum dürfen maximal 25 Gramm mitgeführt werden. Und: Cannabis darf immer nur für den Eigenkonsum beschafft und nicht weitergegeben werden, auch nicht an Erwachsene. Damit wird der Konsum von Cannabis durch Erwachsene entkriminalisiert. Warum? Weil die bisherige Verbotspolitik gescheitert war: Hintergrund war ein stark an-

gestiegener Konsum - gerade unter Kinder- und Jugendlichen, der mit stark verunreinigten Substanzen vom Schwarzmarkt einherging. Das wollen wir mit der Neuregelung ändern. Der Gesundheitsschutz, vor allem durch Aufklärung, steht dabei im Fokus: Cannabis soll keineswegs verharmlost werden, auf seine Risiken, insbesondere für Kinder und Jugendliche – wird explizit verwiesen.



Was ist bei Cannabis künftig für Konsumierende erlaubt?

rmöglicht wird der Eigenanbau für Erwachsene von bis zu drei Cannabispflanzen. Durch den Eigenanbau kann Cannabis kontrolliert und schadstofffrei gewonnen werden. Erworben werden kann Cannabis auch in einem sogenannten "Social Club". Eine solche Anbauvereinigungen darf maximal 500 Mitglieder aufnehmen und an jedes Mitglied eine Menge von maximal 50 Gramm im Monat abgeben. Für junge Erwachsene zwischen 18 und 21 Jahren gilt eine Sonderregelung - sie haben Anspruch auf maximal 30 Gramm pro Monat, wobei der THC-Gehalt höchstens bei zehn Prozent liegen darf. THC, Tetrahydrocannabinol, ist der berauschende Wirkstoff. So werden Konsumentinnen und Konsumenten in die Lage versetzt, gefährliches bzw. verunreinigtes Cannabis zu vermeiden und sich dem Schwarzmarkt zu entziehen.

Kinder und Jugendlichen werden besonders geschützt: für sie besteht ein Besitz-, Anbau- und Erwerbsverbot sowie ein Konsumverbot in Anwesenheit von Minderjährigen. Des Weiteren bestehen Konsumverbotszonen (Sichtweite: 100 m) um Schulen, Kitas, Spielplätze, Sportplätze und andere Kinder- und Jugendeinrichtungen. Für den Verkauf und die Überlassung von Cannabis an Kinder und Jugendliche drohen hohe Strafen. Es besteht ein Werbe- und Sponsoringverbot sowohl für Cannabis als auch für Anbauvereinigungen. Auch der Eigenanbau muss vor dem Zugriff Dritter, Kinder und Jugendlicher gesichert sein.

Das Gesetz sieht den Ausbau der Prävention und erstmals einen effektiven Kinder- und Jugendschutz vor. Parallel zur Gesetzgebung ist eine Informationskampagne zu den Risiken des Cannabiskonsums vorgesehen. Bereits nach einem Jahr ist eine Evaluation der Konsumverbote, insbesondere in Schutzzonen, um Schulen und andere

Kinder- und Jugendeinrichtungen vorgesehen. Dies soll insbesondere über Auswirkungen auf das Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen Aufschluss gegeben.

Im Straßenverkehr ist eine THC-Grenze am Steuer vorgesehen - vergleichbar mit der Promille-Grenze, die für Alkohol gilt. Das Bundesverkehrsministerium arbeitet an einer Regelung, die zum 31. März vorliegen soll.

Mit der Neuregelung wird Cannabis entkriminalisiert, aber keineswegs verharmlost. Wir brauchen eine sachliche Diskussion über den Umgang mit dieser Substanz, sie zu dämonisieren, hilft niemandem. Schäden und Risiken durch Alkoholkonsum in Deutschland sind Studien zufolge weitaus größer und gefährlicher – und das bei hoher gesellschaftlicher Akzeptanz.



em verdanken wir unser tägliches Brot? Unseren Landwirtinnen und Landwirten (nicht zu vergessen die Bäckerinnen und Bäcker). Ich will, dass dieser Beruf in Deutschland eine gute Zukunft hat. In den letzten Monaten haben wir auch im Landkreis Proteste der Landwirte gegen die Politik der Bundesregierung erlebt. Dass man Landwirtinnen und Landwirte nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts überproportional belastet hat, war ein Fehler. Die Bundesregierung hat sich korrigiert und ist auf die Landwirte zugegangen: die Kfz-Steuer für landund fortwirtschaftliche Maschinen ist vom Tisch, die Steuerbegünstigungen beim Agrardiesel werden nicht in einem Schritt abgeschafft, sondern schrittweise reduziert.

Für das, was sich an Unmut und Wut über die Jahre bei Landwirtinnen und Landwirten angestaut hat und viele aktuelle Probleme, ist aber nicht die Ampel verantwortlich, sondern eine falsche Landwirtschaftspolitik, die jahrzehntelang mit milliardenschweren Subventionen vor allem die großen Betriebe unterstützt und notwendige Reformen unterlassen hat.

Landwirtinnen und Landwirte brauchen eine verlässliche Landwirtschaftspolitik. Nach Gesprächen zwischen Bundesregierung und Vertreterinnen und Vertretern der Landwirte hat man sich gemeinsam auf einen Modernisierungsprozess zu einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen, zukunftsfesten Landwirtschaft verständigt. Dabei geht es nicht allein um finanzielle Belastungen, sondern auch um Planungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven für landwirtschaftliche Betriebe: um die Finanzierung einer tierwohlgerechten Tierhaltung ebenso wie den Abbau von Bürokratie oder Unterstützung bei der Einführung alternativer Antriebe für landwirtschaftliche Maschinen.

Die Gespräche mit den Landwirtschaftsverbänden sind in Arbeitsaufträge gemündet. Basierend auf Vorschlägen der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission soll bis zum Sommer ein Gesetz erarbeitet werden, das die deutsche Landwirtschaft stärken wird. Ich bin optimistisch, dass das gelingt. Auch hier im Kreis bin ich mit dem Kreisverbauernverband und den Ortslandwirten im Austausch.

Zum Schluss eine Bitte in einer Sache, die uns alle betrifft: ich wünsche mir, dass wir verbal abrüsten und wieder zu einem sachlichen Diskussionsklima zurückkehren. Entgleisungen und Hasstiraden, wie sie bei manchen Protesten zu erleben waren, führen zu einer gesellschaftlichen Verrohung, die uns allen schadet. Weil sie das Miteinander zerstört, ohne das eine Gesellschaft nicht funktionieren kann. Es geht immer um einen respektvollen Umgang – auch bei Menschen mit einer anderen Meinung.



m 9. Januar hatte ich zusammen mit meinem Kollegen, dem Parl. Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Dr. Edgar Franke, unserem Landrat Jens Womelsdorf, Bürgermeister Achenbach, der DRK-Vorstandsvorsitzenden Cornelia Bönnighausen und den beiden Ärzten Dr. Riebartsch und Dr. Wilke, einen sehr guten konstruktiven Austausch zur aktuellen Lage des DRK-Krankenhauses in Biedenkopf.

Das 113-Betten-Haus mit seinen mehr als 300 Beschäftigten ist von der Schließung bedroht, weil der DRK-Kreisverband Biedenkopf im September vergangenen Jahres Insolvenz anmelden musste. Das DRK-Krankenhaus ist unverzichtbarer Grundversorger der Region und zudem Notfallstandort. Die Bevölkerung vor Ort setzt sich stark für den Erhalt des Krankenhauses ein, ebenso die umliegenden Kommunen, deren Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landrat Iens Womelsdorf. Auch ich unterstütze den Erhalt dieses Krankenhauses ausdrücklich. Eine Onlinepetition hat über 67.000 Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden. Bei einem

Termin in Berlin wurde diese Unterschriftenliste am 13. März persönlich an den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Edgar Franke übergeben, dafür hatte ich mich stark gemacht.

Das DRK-Krankenhaus Biedenkopf ist für die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum um Biedenkopf unerlässlich und muss erhalten bleiben.

Um dies zu erreichen haben sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an das Land Hessen gewandt und um eine Brückenfinanzierung gebeten, um eine Strukturbereinigung in der Krankenhauslandschaft vor Umsetzung der Krankenhausreform zu verhindern.

Denn im Oktober 2023 hatte Bundesgesundheitsminister Lauterbach bei einem Termin in Marburg ausgeführt, dass er für das Haus im Rahmen der Reform gute Perspektiven sieht. Die ambulante Behandlung in den Praxen niedergelassener Ärzte und die stationäre Therapie im DRK-Krankenhaus erfolgen aus einer Hand durch Belegärzte. Dem Patienten bleibt so der vertraute Arzt im gesamten Be-

handlungsablauf erhalten.

Im Austausch mit Edgar Franke im Januar wurde festgehalten, dass das Belegarztsystem bei den Sicherstellungszuschlägen bisher unberücksichtigt sei. Die anstehende Krankenhausreform bietet viele Möglichkeiten, die Versorgung der Patientinnen und Patienten auch mithilfe der Belegärztinnen und -ärzte zu verbessern. Von Verbänden und auch vom DRK-Krankenhaus Biedenkopf wird gefordert, dass belegärztliche Versorgung Teil besonderer Bewertungskriterien bei der Einordnung eines solchen Krankenhauses und der damit verbundenen auskömmlichen Finanzierung sein muss.

Gute Nachrichten verkündete am 22. März der Landkreis Marburg-Biedenkopf. Dieser unterstützt das Krankenhaus nun finanziell. Das hat der Kreistag in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen. Der Kreis kann dabei für 2024 außerplanmäßig bis zu 2.662.000 Euro aufwenden, um mögliche entstehende Verluste aus dem laufenden Betrieb in diesem Jahr auszugleichen und den Betrieb des Krankenhauses zu sichern.



Möglichkeit, das Hessische Staatsarchiv in Marburg zu besuchen. Gegründet wurde das Archiv 1869 noch vom Königreich Preußen - heute ist es eine wichtige Institution für unsere Erinnerung. Unter anderem bewahrt es Urkunden und Akten aus der ehemaligen Landgrafschaft Hessen, aber auch Schriftstücke und Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus auf. Schriftstücke und Befehle aus der NS-Zeit, die über Leben und Tod entschieden.

Ein solches Dokument durfte ich in der Hand halten – ein für mich bewegender Moment, zeigt es doch auch, welche Verantwortung wir für- und miteinander haben, dass so etwas nie wieder geschieht.

Mein Besuch fand anlässlich eines Förderbescheids für das Projekt "Wir lassen die Karten aus dem Sack", welches nun mit 180.000 Euro aus Bundesmitteln finanziert wird statt.

Hierbei geht es um die Restaurierung von Akten und Kartenmaterial, was finanziell sehr aufwendig ist. Damit diese erhalten bleiben können, hat der Bund ein "Sonderprogramm zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts" eingerichtet. In Marburg können so ca. 1130 Flur- und Gemarkungskarten, die Sackkarten genannt werden, restauriert werden.

Die dortige Arbeit hat mich nachhaltig beeindruckt – schließlich wird und muss auch ein Großteil digitalisiert werden. Es sind vielseitige Aufgaben im Landesarchiv, die uns eine Möglichkeit der Erinnerung bieten und so einen lebhaften Zugang zur vielschichtigen Geschichte Hessens ermöglichen. Diese zu pflegen und zu hüten ist elementar für uns – daher freut es mich, dass dies gefördert wird!



eder von uns kennt jemanden aus seinem Umfeld, der irgendwann im Leben für herausragendes ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet wird.

Als Bundestagsabgeordneter kenne ich in meinem Wahlkreis viele Menschen, die sich jahrelang um unsere Gesellschaft verdient gemacht haben und mit einer Auszeichnung eine Anerkennung und Wertschätzung für ihren Einsatz erhalten. Über eine Ordensverleihung habe ich mich allerdings ganz besonders gefreut. Der Bundespräsident hatte bekanntgegeben, dass er Rita Vaupel das Bundesverdienstkreuz verliehen hat.

Am 9. Februar dieses Jahres erfolgte die Übergabe des Bundesverdienstkreuzes an Rita Vaupel im Historischen Rahaussaal Marburg durch Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies. Sehr gerne war ich mit dabei.

Rita Vaupel gehört zu den Menschen, die ich am längsten in der SPD in Marburg kenne und ich kann mich noch gut an unsere Treffen in der Geschäftsstelle der Bahnhofstraße, am so genannten "Raumschiff Enterprise Tresen" erinnern. Rita Vaupel ist tief in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verwurzelt und hat dort in den vielen Jahren Einiges bewegt. Ihr Engagement geht allerdings weit darüber hinaus.

Ihr Einsatz für unsere Gesellschaft und besonders für Menschen, die es nicht leicht haben und von Schicksalsschlägen getroffen wurden, ist außergewöhnlich. Jahrzehntelang hat sie für die Marburger Tafel gekämpft und obwohl sie nun auch ihren wohlverdienten Ruhestand genießen könnte, arbeitet sie weiterhin für die gute Sache, für die Menschen! Das ist beeindruckend und in dieser Form sehr besonders. Rita Vaupel ist ein Vorbild für unsere Gesellschaft. Mit diesem Beitrag in meinem Newsletter will ich ihr Wirken nochmals würdigen und Danke sagen.



ch liebe Besuche bei meinen Kollegen. Man lernt neue Menschen und Orte kennen und fährt mit neuen Erkenntnissen und Ideen nach Hause. Im Januar war ich auf Einladung von Martin Diedenhofen in Rheinland-Pfalz zur SPD-Kreiskonferenz in Neuwied. Martin und ich kennen uns aus der Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion, wir haben zusammen das Heizungsgesetz verhandelt und dabei unter anderem auch für die deutsche Holzindustrie Verbesserungen erzielt.

Auf der Agenda meiner Eröffnungsrede standen die Situation der Kommunen, die Wohnungssituation in Deutschland sowie Förderprogramme und Schwerpunkte meiner Arbeit im BMSBS. Aus aktuellen Gründen kam der Kampf gegen Rechts und für unsere Demokratie hinzu.

Für mich ein Anlass, an diesem Tag einmal mehr den in der Kommunalpolitik engagierten Kolleginnen und Kollegen für ihren Einsatz zu danken, ohne den unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde! Hier, in den Kommunen ist die Herzkammer der Demokratie, hier zeigen die Kolleginnen und Kollegen Gesicht, machen mit ihrem Einsatz und Entscheidungen das Leben der Menschen besser, halten Gegenwind stand. Umso schlimmer die jüngsten Angriffe und

Tätlichkeiten auf Kommunalpolitiker – so etwas dürfen wir nicht zulassen!

Überzeugt hat mich in Neuwied außerdem, wie die SPD hier den Generationenwechsel vollzogen hat: der neue Vorstand ist eine tolle Mischung aus Alt und Jung, Frauen und Männern, erfahrenen und neuen Kandidatinnen und Kandidaten - und damit breit und bestens aufgestellt für die Kreistagswahl im Juni! Ich drücke die Daumen.



Deshalb habe ich im Februar ein neues Projekt begonnen und die "Büroaußenstelle" meines Wahlkreisbüros gegründet. Begonnen haben wir im Februar in Münchhausen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Bürozeiten mit einer Anzeige im lokalen Blättchen beworben und darüber hinaus Flyer in Briefkästen verteilt, um auf das neue Angebot aufmerksam zu machen. An drei hintereinander folgenden Tagen waren sie dort und standen für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger bereit.

Im März schloss sich die Außenstelle in Breidenbach an. Auch hier wurde für drei Tage ein temporäres Büro eingerichtet, um für die Menschen vor Ort ansprechbar zu sein. Ich freue mich, dass das Angebot angenommen wurde.

Die nächste Büroaußenstelle wird es im Mai in der Stadt Kirchhain geben.

Büroaußenstellen im Wahlkreis

ein Marburger Wahlkreisbüro steht dank meiner Mitarbeiterinnen und ■ Mitarbeiter immer für Bürgerinnen und Bürger und ihre Anliegen offen. Das wird auf unterschiedlichen Wegen genutzt: Menschen rufen an, schreiben E-Mails oder kommen persönlich vorbei, um ihre Anliegen vorzubringen. Oft geht es um Meinungen zu bundespolitischen Themen. Viele bitten mich um Unterstützung bei ganz unterschiedlichen Problemen. Mein Wahlkreis ist groß, aus manchen Gemeinden ist der Weg nach Mabrurg weit, teilweise bis zu 45 Minuten. Deshalb können nicht alle Menschen meine regelmäßigen Bürgersprechstunden unkompliziert in Marburg wahrnehmen.





arburg bietet als
Wissenschafts- und
Pharmastandort enorm
viele Möglichkeiten
und viel Potenzial. Davon hat sich im
Februar auf meine Einladung auch
mein Kollege Mario Brandenburg,
Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Bildung und
Forschung, überzeugt.

Wie vielseitig und stark die Wissenschaftsregion Marburg ist, konnten wir anhand einiger interessanter Vorträge von Expert:innen der Philipps-Universität Marburg, dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg, aber auch dem Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Dr. Thomas Spies erfahren. Der Oberbürgermeister machte deutlich, wie attraktiv Mar-

burg für junge Eltern ist, da sich hier eine forschende Tätigkeit dank der gewährleisteten und gut ausgebauten Kinderbetreuung gut mit Familie vereinbaren lässt.

Neben dem Universitätspräsidenten Prof. Dr. Thomas Nauss, nahmen auch der Marburger Virologe Prof. Dr. Stephan Becker, der Vizepräsident für Forschung der Universität Marburg, Prof. Dr. Gert Bange, die Dekanin des Fachbereichs Medizin, Prof. Dr. Denise Hilfiker-Kleiner und weitere Klinikdirektorinnen und -direktoren, die Geschäftsführerin des UKGM am Standort Marburg Dr. Sylvia Heinis, der Direktor des Marburger Max-Planck-Instituts, Prof. Dr. Tobias Erb und Martina Schneider, Global Regulatory Affairs bei CSL, teil. Auch

unser Landrat Jens Womelsdorf war zugegen.

Wir wurden über den Neubau des Marburg Centre for Epidemic Prepardeness informiert und durften das BSL-4-Labor der Philipps-Universität Marburg besuchen. Dies dient der Untersuchung von gefährlichen, hoch pathogenen Viren, für die weder Impfstoffe noch eine Therapie zur Verfügung stehen. Das Hochsicherheitslabor der Marburger Universitätsmedizin und die dort geleistete Arbeit sind besonders beeindruckend.



ür viele junge Menschen ist das politische Berlin oft weit weg. Über vieles wird dort diskutiert, Gesetze werden beschlossen. Aber nicht immer erschließt sich auf den ersten Blick, wie diese Beschlüsse das eigene Leben beeinflussen oder auch verbessern können. Immer wieder werde auch ich als SPD-Bundestagsabgeordneter gefragt: "Was macht Ihr in Berlin für mich?"

Dieser Frage bin ich am 13. Januar zusammen mit meinem Kollegen Felix Döring aus Gießen im Rahmen einer "Fraktion vor Ort"-Veranstaltung im Technologie- und Tagungszentrum in Marburg nachgegangen. Im Vorfeld hatten wir dieses Mal besonders junge Menschen im Alter von 12 – 21 Jahren eingeladen. Am Veranstaltungstag hatten wir eine gute Mischung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor Ort. So beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter von Jugendparlamenten, der Jugendfeuerwehren,

sowie die THW-Jugend Biedenkopf an unserem Austausch.

Konkret haben Felix Döring und ich - moderiert von Patricia Grähling - deutlich gemacht, was auch junge Menschen von politischen Entscheidungen in Berlin haben:

Alle sollen die gleichen Chancen auf eine gute Zukunft haben - unabhängig von der Herkunft oder dem Wohnort. So setzen wir uns für Bildung – mit guten Kitas, modern ausgestatteten Schulen, einer Ausbildungsplatzgarantie, guter Lehre an den Hochschulen und einem leistungsfähigen BAföG ein. Wir sorgen für gute und bezahlbare Sport- und Freizeiteinrichtungen, mit dem Kulturpass ermöglichen wir Spaß und Kulturerleben für alle. Mit dem Deutschlandticket machen wir die Nutzung des ÖPNV günstiger. Damit junge Menschen mehr mitentscheiden können, haben wir schon zur nächsten Europawahl im Juni

2024 das Wählen ab 16 ermöglicht. Und weil es beim Klimaschutz um die Zukunft der jungen Generation geht, packen wir den Umbau unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt an, um in den nächsten 20 Jahren klimaneutral zu werden. Also eine ganze Menge.

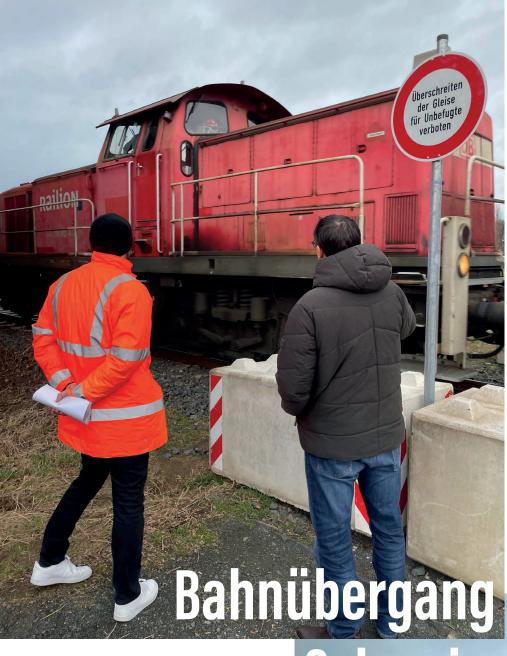
Im Hauptteil der Veranstaltung arbeiteten wir zusammen heraus, was die wichtigsten Erwartungen an Politik sind. Wovor haben junge Menschen im Moment Sorgen, was beschäftigt sie? Besonders überrascht hatte mich dabei die Tatsache, dass die meisten Anwesenden einer Dienstpflicht in unserem Land gegenüber aufgeschlossen sind. Dies hatte ich ehrlicherweise so nicht erwartet und regt mich bzgl. des Vorschlages des Bundespräsidenten zu einer Dienstpflicht noch einmal zum Nachdenken an. Ich bedanke mich für den wertvollen und konstruktiven Nachmittag und freue mich auf weitere Runden dieser Art.

m Februar habe ich das Tierheim in Marburg-Cappel besucht, die Situation dort spitzt sich seit Jahren zu. Die Anzahl der hilfsbedürftigen Tiere steigt, der Platz leider nicht. Ende Januar fegte zudem ein furchtbarer Sturm über das Marburger Tierheim hinweg und richtete erhebliche Schäden an. Von einem Containerbau löste sich das

Dach und landete auf dem Hundezwinger. Glücklicherweise kamen weder Mensch noch Tier zu Schaden. Die Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerk und der Feuerwehr haben mit ihren Aufräumarbeiten Großartiges geleistet. Ich habe mich mit der Leiterin des Marburger Tierheims Maresi Wagner ausgetauscht. Sie hat mir erklärt, warum das Tier-

heim dringend einen neuen Standort benötigt. Es wird viel mehr Platz für die Tiere gebraucht, auch weil seit der Coronapandemie sehr viele Tiere dort abgegeben werden. Das Tierheim ist auf Spenden angewiesen. Die Politik in Stadt und Kreis wird sich mit dem Thema weiter beschäftigen müssen.





Diesen für die Bevölkerung schwierigen Umstand nahm der Ortsbeirat zum Anlass, mich in diese Problematik einzubeziehen. Auf meine Initiative hin fand Mitte Februar ein Termin zwischen der Stadt Stadtallendorf, dem Ortsbeirat Schweinsberg und der Deutschen Bahn statt.

In konstruktiver Runde haben wir versucht das vorherrschende Spannungsfeld aufzulösen. Gemeinsam wird nun an einer Lösung gearbeitet, die den gesetzlichen Vorschriften genügt und der Bevölkerung in Zukunft das Queren der Gleise auf legalem Weg ermöglicht. Die Stadt und die Bahn stehen dazu in engem Austausch. Ich unterstütze diesen konstruktiven Weg und werde, wenn es irgendwo stockt, gerne versuchen die Prozesse voranzubringen.

Querung weiter ermöglichen!

m Jahr 1968 wurde am Schweinsberger Moor ein Hochwasserschutzdamm errichtet. Dieser quert die Ohmtalbahn und wird von Einheimischen seither gern als Wanderweg benutzt. Auch Radfahrer*innen und Hundebesitzer*innen nutzen diesen Weg ausgiebig und haben ihn fest in ihren Alltag eingepreist. Seit dem Jahr 1990 verkehren auf diesem Gleis wöchentlich nur wenige Güterzüge, zurzeit nur einer am Tag.

Bis heute gab es an dieser Stelle nach Angaben des Ortsbeirates in Schweinsberg keine Unfälle. Trotzdem ist das Überqueren von Gleisen an dafür nicht geeigneten Stellen natürlich nicht erlaubt.



